



Ähnlichkeiten des Jugoslawien- und des Ukraine-Kriegs

Rechtlosigkeit, Verrohung, Vernichtung – und neue Hoffnung

Vor 20 Jahren trieb der Schrecken auf dem Balkan seinem Höhepunkt zu. Für die Öffentlichkeit machte man glaubhaft, Völker würden Kriege gegeneinander führen: Serben gegen Kroaten oder umgekehrt, Bosnier gegen Serben, Serben gegen Albaner. In Wahrheit nahmen verrohte nationalistische und militärische Figuren ihre eigenen Völker in Geiselnhaft und begannen sie zu vernichten. So scheint es derzeit auch in der Ukraine abzulaufen.

Man muss sich erinnern: in Mitteleuropa schwelgten ab 1990 (fast) alle in Freude über das Ende des Kalten Krieges. Sogar im neuen Russland nach der Auflösung der Sowjetunion setzten viele auf die „westlichen“ Werte. Die „Verlierer“ aber reklamierten bald einen „gekränkten Nationalstolz“. Wladimir Putin, ehemals KGB-Oberstleutnant, spielt auf diesem Klavier.

Der Schrecken auf dem Balkan

In Jugoslawien war das alte System untergegangen, als 1980 Übervater Josip Broz Tito gestorben war. Danach war es zu einer scharfen Rivalität der unter ihm geeinten südslawischen Völker gekommen. Hetzkampagnen verschiedener Figuren verstärkten diese Rivalität und verhinderten den friedlich-föderativen Neustart. Die nördlicheren, wohlhabenderen Regionen wollten sich auch vom erzwungenen „Länderfinanzausgleich“ befreien. Die alten Machthaber wiederum fürchteten um ihre Pfründe. Als Ergebnis sah die Welt 1991 den „Zehn-Tage-Krieg“ in Slowenien und dann bis 1995 die mörderischen Bruderkriege in Kroatien und vor allem in Bosnien-Herzegowina.

Der Westen wollte zunächst Jugoslawien als Ganzes erhalten. Die innere Zerrissenheit des Landes verstärkte sich jedoch durch die Brutalität der Kämpfe. „Helden“ auf allen Seiten mutierten zu Völkermördern, die sich später vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verantworten mussten. Bevor es aber dazu kam, mussten die Vereinten Nationen eingreifen. Am 9. Oktober 1992 verhängte der UN-Sicherheitsrat ein Verbot für militärische Flüge über Bosnien-Herzegowina. Ohne Überwachung wäre das Verbot wertlos gewesen. So bekam die Nato den entsprechenden Auftrag (Russland war damals im Boot der UNO oder zu schwach). Nationalisten auf allen Seiten wüteten aber weiter. Schließlich wurde am 21. November 1994 beschlossen, notfalls auch Nato-Flugzeuge einzusetzen. Der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags geriet in die heikle Situation, als erstes deutsches Parlamentsgremium über eine Beteiligung der Bundeswehr – über das vorherige Sanitätskontingent hinaus – beraten zu müssen. Man einigte sich im Sommer 1995 auf die Entsendung von Tornado-Aufklärungsflugzeugen. Die Linken im Parlament, vor allem die PDS, sprachen vom 3.

Weltkrieg. Einige Monate später aber kam es zum Friedensvertrag von Dayton und dem Einsatz der Nato als IFOR (Implementation Force), der dann im Dezember 1996 zu SFOR umgewandelt wurde (Stabilisation Force). Es schien sich alles zu beruhigen, bis im März 1999 wegen der befürchteten humanitären Katastrophe im Kosovo die Nato einen Luftangriff gegen die noch bestehende Bundesrepublik Jugoslawien begann – die neue rotgrüne Bundesregierung (Schröder/Fischer) gab ihre Zustimmung. Von der Bombardierung Belgrads ziehen heute etliche Interessierte unterschiedliche Schlüsse, gipfelnd im erneuten Hass gegen Nato und Washington. Die folgende Integration in die Europäische Union und die Anerkennung der entsprechenden Grundwerte gaben in Ex-Jugoslawien aber neue Hoffnung. Wenigstens in Kroatien und Slowenien waren sie gelungen. Serbien ist die gleiche Chance geboten. Doch dort ließ sich Präsident Putin vor kurzem mit militärischer Zur-Schau-Stellung feiern. Siegt die uralte Slawen-Treue? Muss man sich auf dem Balkan wieder auf „Grenzkonflikte“ einstellen?



1997 - Beobachter im zerstörten Bosnien (Michael Glos und Klaus Rose)

Der Schrecken in der Ukraine

Sind die Geschehnisse in der Ukraine vergleichbar? Die Brutalität in den separatistischen Zonen der Ukraine erinnert an die anfängliche Entwicklung in Ex-Jugoslawien. Die „Autonome Volksrepublik Donezk“ (DNR) beruft sich auch auf eine frühere Sowjetrepublik, welche am 12. Februar 1918 nicht ganz friedlich ausgerufen wurde und später in der ukrainischen Sowjetrepublik aufging. Die DNR hat Ausweitungsgelüste. Das Gleiche gilt für die „Luhansker Volksrepublik“ (LNR) und natürlich wegen der Krim für die Russische Föderation selbst. Die entsprechenden Führungsfiguren haben folglich kein Interesse an Abkommen wie „Minsk II“. Wie der STERN in seiner Ausgabe vom 26.02.2015 schrieb, war für Putin der Kalte Krieg nie vorbei. Er und seine Anhänger hätten niemals zum Westen gehören wollen. Er wolle ein nationalistisches Russland, das auch die militärische Karte spielt. Und wer sind die separatisti-

schen Figuren, momentan „nur in der Ostukraine“? Wie Karadzic oder Milosevic in Jugoslawien bekannte Figuren wurden, weiß man von Alexander Sachartschenko oder Igor Plotnitsky in der Ostukraine die Herkunft und die Kampftaktik. Sind sie in ihren Kreisen unangefochten? Sind sie etwa gar nur Moskaus Marionetten und in Wirklichkeit echten russischen Truppen unterstellt? Die Wahrheit kommt ans Tageslicht, so wie etwa Srebrenica oder Katyn!

Auf dem Balkan konnten UNO und NATO für einigermaßen geordnete Verhältnisse sorgen. In der Ukraine schafft die UNO, wegen des russischen Neudrangs zur Weltmacht, keine geordneten Verhältnisse. Und die EU? Sie wird von der Abgeordneten der Grünen, Rebecca Harms, als „Softpower“ beschrieben, die das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung nicht umsetzen kann. Die Grüne hat Recht. Aber eine „strategische Geduld“ könnte Hoffnung geben: zunächst keine Ausweitung des Kriegs und stattdessen eine „EU-Stabilisation Force“, die die ukrainische Wirtschaft stärkt und im Wettbewerb mit „post-sowjetischen Hardlinern“ die bessere Alternative ist. Moskau hat sich schon einmal „zu Tode gerüstet“.

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de